

Zeitschrift:	Schweizer Spiegel
Herausgeber:	Guggenbühl und Huber
Band:	47 (1971-1972)
Heft:	6
Artikel:	Freiheitliche Ordnung : Gedanken zur Bildungspolitik im liberalen Staat
Autor:	Müller, Fritz
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1079995

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freiheitliche Ordnung

Gedanken zur Bildungspolitik im liberalen Staat

Von Seminardirektor Fritz Müller, Thun

In der kleinen Landgemeinde wird das neue Schulhaus eingeweiht. Stolz weist der feierlich gewandete Baukommissionspräsident auf die Fensterreihe des Untergeschosses und ruft aus: «Auch in unserem Dorf ist der Fortschritt eingezogen! Künftig wird dem Haushaltungsunterricht unserer Schulumädchen eine modern eingerichtete Schulküche mit fünf elektrischen Herden zur Verfügung stehen.» Ich bin kein Gegner der Kochschule. Aber der Gedanke, den die blankpolierte Herdfront im ländlichen Schulhauskeller in mir auslöst, würde sich für eine frohgestimmte Festansprache nicht eignen. Meiner Ansicht nach müssten die Verantwortlichen bei dieser Gelegenheit eine andere, viel weniger hochgemute Feststellung machen, die etwa so lautet: «Leider ist es auch in unserer Talschaft nötig geworden, die Aufgabe, unsere Töchter kochen zu lehren, der Schule zu überbinden, weil sie von den Müttern nicht mehr erfüllt wird.»

Der Auftrag, die Mädchen auf ihre späteren Hausfrauenpflichten vorzubereiten, ist nur eine von den zahlreichen neuen Verpflichtungen, welche die Schule und damit der Staat in unserem Jahrhundert hat übernehmen müssen. Viele Kantone gehen ja noch weiter: Die Flick-, Putz- und Kochtückigkeit der künftigen Hausmütter liegt ihnen so sehr am Herzen, dass jedes mündig werdende Mädchen von Staates wegen zu einem mehrwöchigen obligatorischen Haushaltungskurs aufgeboten wird. Der moderne Staat schaut es offenbar als seine Pflicht an, dafür zu sorgen, dass dem Ehemann die Suppe nicht versalzen wird.

Um ein anderes Beispiel zu nennen: Vielerorts hat die Schuljugend neuerdings mit der Zahnbürste im Schulhauskeller anzutreten, um

dort unter der Aufsicht eines Fluortropfen austeilenden Lehrers — die Anzahl der Tropfen ist reglementarisch festgelegt — die Zähne zu putzen.

Kochunterricht und Zahnpflege haben — zusammen etwa mit dem Verkehrsunterricht — Eingang gefunden ins Unterrichtsprogramm der meisten Schulen. Im Vorzimmer warten die Alkoholgegner, die Befürworter vermehrter sexueller Aufklärung, die Pausenäpfler, die Wanderwegbereiter, die Tierschutzkreise, die Anhänger des Filmunterrichts, die Bekämpfer der Suchtgefahren und viele andere. Kein vernünftiger Mensch spricht solchen Anliegen ihre Berechtigung ab. Eine wesentliche Frage, welche sich die Bildungspolitik stellen muss, lautet aber stets: Was findet im Rahmen unseres Schulsystems Platz; welche Aufgaben müssen anderswie gelöst werden? Wo ziehen wir die Grenzen? Oder anders gesagt: Was heißt liberale Bildungspolitik?

Liberale Bildungspolitik möchte die Staatsaufgaben beschränken.

Politik ist Aus-Marchung, auch in dem Sinne, dass entschieden wird, wo die Grenzen der Staatsaufgaben liegen sollen. Hier scheiden sich die Geister. Die mannhafte und tapfere Einschränkung der Staatsbefugnisse ist meiner Ansicht nach das wichtigste Anliegen einer liberalen Politik. Warum «tapfer»? Weil jede Begrenzung sich gegen die liebe Gewohnheit wendet, den Staat als «Chummerzhülf» in allen Kümmernissen und Schwierigkeiten zu betrachten (wobei der Zurückhaltende sich unbeliebt machen kann, weil er sich den jeweils in Frage stehenden Sonderinteressen entgegenstellen muss). Der Satz «Die Behörden sollten endlich dafür sorgen, dass...» zieht sich als zäher Refrain durch

Ratssaalvorstösse, Leserbriefe und Diskussionsabende. Abgesehen davon, dass jedes Dafür-Sorgen stets etwas kostet und nachher via Steuerzettel meist sehr ungern berappt wird, führen recht viele der neu zu übernehmenden Staatsaufgaben in einen eigentlichen Teufelskreis: Man denke zum Beispiel an die Erstellung von Kinderkrippen. Sie sind notwendig, weil die Mütter berufstätig sind. Und weil es sie gibt, werden immer mehr Mütter kleiner Kinder berufstätig. Diese Berufstätigkeit kann im Einzelfalle durchaus berechtigt sein, die Tendenz als solche scheint mir fragwürdig.

Das Entsprechende gilt für die Vorschul-Erziehung: Es besteht kein Zweifel, dass die geistigen Anregungen, welche das Kind im Vorschulalter empfängt, seinen Schulerfolg entscheidend mitbestimmen. Wenn aber der Staat die Vorschulerziehung allzu strikte an sich zieht, fördert er die pädagogische Gleichgültigkeit der Eltern, und aus solcher erzieherischer Passivität erwachsen ihm wieder neue Aufgaben.

Etwas anderes, an den Teufelskreis Gemahnendes kommt hinzu: Je häufiger der Staat eingreift, desto selbstverständlicher erwartet

3 Photos

- 1 von Jack Metzger, Zürich
- 2 von Willy Spiller, Zürich
- 3 von Barbara Davatz, Zürich

Drei Fragen zu verschiedenem Alter

Vorderseite, oben (1): Müssen diese Frauen unter Akkorddruck stehen?

Vorderseite, unten (2): Ist Jugend immer so im Stress?

Hintere Seite (3): Hat man erst im Alter Zeit zum Nachdenken?

man seine Hilfe. Die Gewohnheit, dem Staat gegenüber als Bittsteller — und zwar als Bittsteller im hohlen Kreuz — aufzutreten, ist in allen Kreisen erstaunlich weit fortgeschritten. Man könnte sagen, es sei üblich geworden, mit der hohen Hand selbstbewusst auf den Tisch zu schlagen.

Ich halte diese Entwicklung für unfreundlich: Es ist wohl kein Zufall, dass in einer vielzitierten Formulierung unserer Staatsmaxime die Reihenfolge der beiden Teile unsicher ist. Beginnt man mit «Einer für alle» und fügt «Alle für einen» bei, oder beginnt man mit «Alle für einen» und ergänzt mit «Einer für alle»? Die beiden Säulen sind vertauschbar, weil sie ursprünglich gleich lang gedacht waren. Wenn man die eine verlängert, wenn der Staat zu vieles an sich zieht, weil jeder von ihm nur noch nehmen will, steht das Gebäude schief.

Wie unterbricht man den Teufelskreis? Wie findet man die Grenzen für die Aufgaben des Staates? Eben: durch ein tapferes Nein, ein mannhaftes «Bis hierher und nicht weiter!».

Ausbildung und Bildung bleiben wesentliche Staatsaufgaben

Nur Sektierer und Pubertierende meinen, der Kompromiss sei seinem Wesen nach etwas Negatives, sei stets fauler Friede und unwürdiger Kuhhandel.

Eine Politik der Verständigung, der Mitte und des Masses ist zwar unspektakulär; es lassen sich darüber weder Bestseller schreiben noch auflöpfige und engagierte Televisions-Sendungen gestalten. (Was die Televisionssendungen betrifft, müsste man vielleicht besser sagen: es liessen sich schon — sie könnens nur nicht.)

Aber eine solche Politik des vernünftigen Masses ist wirksam, menschlich und demokratisch. Das

gilt auch für die Bildungspolitik. Die oben dargelegte Formel «So wenig Staatseingriffe wie möglich» bedarf einer Ergänzung, die lautet: «So viele Staatslösungen wie nötig».

Damit sind wir wieder bei der Ausmarchung, beim Dialog, bei der weltanschaulichen Diskussion. Der Beitrag, den mein Aufsatz zu dieser Diskussion leistet, könnte in dem Satz zusammengefasst werden: Der Staat soll vieles anbieten und wenig fordern, er soll viele Möglichkeiten schaffen, aber wenig Zwang ausüben.

Wie lässt sich eine solche Forderung in die Praxis umsetzen? Ich nenne ein paar Beispiele: Die grosse Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes wohnt in Gemeinden mit mehr als einem Klassenzug pro Jahrgang. In allen diesen Gemeinden wäre es grundsätzlich möglich, zwei Schulorganisations-Formen nebeneinander anzubieten: Die Fünftage-Woche und die Sechstage-Woche. Der Entscheid, welche zu wählen sei, läge dann bei den einzelnen Eltern. Das gäbe gewisse organisatorische Umtriebe, das Ganze käme wahrscheinlich auch etwas teurer. Aber die Schweiz ist schliesslich eine der reichsten Nationen der Welt, und wenn wir liberale Lösungen wirklich wollen, können wir sie uns auch leisten.

Die subtile Grenze zwischen Elternrecht und Unterrichtszwang zieht sich auch mitten durch das Gebiet der neuerdings geforderten Sexualkunde. Wenn ich an die moralistische Engstirnigkeit einzelner bigotter Primarlehrer oder auch an die unausgegorene Experimentierfreudigkeit einzelner pueriler Theologen denke, wird mir bei der Vorstellung, dass die Staatsschule oder die Kirche zur obligatorischen Sexualaufklärung antreten lässt, leicht gramselig. Der Staat und seine Schule täten mei-

ner Ansicht nach gut daran, die ganze Sexualerziehung en bloc zu delegieren. Man müsste eine Arbeitsgemeinschaft beauftragen, gute Sexualkunde anzubieten, aber wiederum nicht als behutsam überzustreichendes Zwangsjäcklein, sondern als ein freiheitliches Take-it-or-leave-it.

Das oben angedeutete Ergebnis der Forschungen im Bereich der Vorschulerziehung ist eindeutig. Es lautet: Begabung ist entwicklungs-fähig. Das Kind, welches das Glück hat, geistig anregende, kontakt-fähige und pädagogisch interessante Eltern zu haben, entfaltet seine Begabung. Das andere Kind, welches das Pech hat, in einem geistig wenig anregenden, stumpfen Milieu aufzuwachsen, bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. Aus dieser eindeutigen Feststellung lassen sich nun aber verschiedene Konsequenzen ziehen: Der Staat, sagen die einen, hat die moralische — und im Sinne seines Überlebens auch die egoistische — Pflicht, durch obligatorische Vorschulerziehung die Chancengleichheit herzustellen.

Der Staat, so meine ich, soll die Vorschulerziehung zwar ermöglichen, aber er soll sie nicht fordern. Der Marxist wünscht Ausebnung, der Liberale hält sich an das Motto: Jedem das Seine, aber nicht jedem das Gleiche.

Selbstverständlich müssten solche Regelungen mit intensiver Aufklärung der Eltern verbunden sein. Es lässt sich zwar auch dadurch nicht völlig vermeiden, dass uneinsichtige Eltern ihren ohnehin benachteiligten Kindern gewisse Schulungen vorenthalten, aber diese Fälle werden weniger zahlreich.

Liberale Bildungspolitik ist nicht planlos

Die im einzelnen möglichst freiheitlichen bildungspolitischen Lö-

sungen bedürfen des Korrektivs. Die Grobeinteilung der Schulstruktur zum Beispiel muss eindeutig feststehen. Eine (angestrebte) gesamtschweizerische Einigung auf die grundsätzliche Gliederung der künftigen Schule soll den Rahmen bilden, der flexible und individuelle Lösungen gestattet. Zu diesem Rahmen ist noch einiges zu sagen: Die entscheidenden Einschnitte im Aufbau der Höheren Schule müssen — meines Erachtens — nach dem neunten und nach dem elften Schuljahr liegen.

Das Konkordat, welchem die Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren zugestimmt hat, legt fest, dass die obligatorische Schulzeit künftig neun Jahre dauern soll. Die Uebereinkunft schafft damit einen Einschnitt, der nicht nur das Obligatorium regelt, sondern auch für die Gliederung des gesamten Schulaufbaus verbindlich sein müsste. Grundsätzlich sollen alle Höheren Schulen mit dem zehnten Schuljahr beginnen. Das lässt selbstverständlich die Möglichkeit offen, dass schon vorher im Bildungsprogramm der einzelnen Schüler eine Differenzierung einsetzt. Und wenn altetabilierte Gymnasien, welche seit jeher mit dem sechsten oder siebten Schuljahr begonnen haben, ihre Traditionen nicht von einem Tag auf den andern aufgeben mögen, so versteht man das. Neu gegründete oder neu zu gründende Mittelschulen oder Mittelschultypen aber, die nach dem siebten oder dem achten Schuljahr abzweigen, powern die Volksschule aus und praktizieren ein unfaires Wasserabgraben, das keine Behörde sanktionieren dürfte.

Die Immatrikulations-Kommission der schweizerischen Hochschulen will das neue Wirtschafts-Gymnasium nur anerkennen, falls es viereinhalb Jahre dauert. Dieser

Entscheid wäre, sollte er stehen bleiben, sehr ungefreut; denn er würde den Übertritt nach dem achten Schuljahr nach sich ziehen. Unsere jetzige Organisation der Höheren Bildung gleicht einem System von mehreren nebeneinander liegenden Aufzügen, die nicht nur auf sehr verschiedenen Stockwerken beginnen und enden, sondern auch noch die Eigenart haben, dass man weder umsteigen noch vorzeitig aussteigen kann. Wir möchten nun erreichen, dass grundsätzlich jedermann im neunten Stockwerk, das heisst nach neun Schuljahren, einsteigt. Außerdem aber möchten wir im elften Stockwerk eine grosse Ausstieg- und Umsteig-Plattform errichten. Mit andern Worten: Die Schule der Zukunft soll eine grosse Gruppe junger Menschen bis zu einem Abschluss nach dem elften Schuljahr mitnehmen können: die künftigen Techniker, Krankenschwestern, Sozialfürsorger, Arbeitslehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Verwaltungsbeamten usw. Sie alle bedürfen vor der eigentlichen Spezialisierung einer Allgemeinbildung, die über das Schulobligatorium hinausgeht. Und für alle jene, welche im Gymnasium nicht ganz am richtigen Platze sind, soll die Möglichkeit eines ehrenvollen Abganges geschaffen werden. In den Kantonen mit Mittelschul-Seminarien müsste man zudem darüber reden, ob nicht auch die künftigen Primarlehrer im zehnten und elften Schuljahr mit den Gymnasiasten gemeinsam unterrichtet werden könnten. Das grosse schweizerische Autobahnkreuz in die Gegend von Rothrist zu legen, ist gewiss nicht die einzige Möglichkeit gewesen. Einmal aber hat man sich entscheiden müssen, erst dann konnte die Detailplanung einsetzen. Im gleichen Sinne müssen wir uns — bald und

verbindlich — für eine Grobgliederung unserer Schulstruktur entscheiden. Das Modell «9 plus 2 plus (1 ½ bis 2)» scheint mir für die Schulplanung der kommenden zwei bis drei Jahrzehnte angemessen. Es erlaubt — darauf kommt es uns schliesslich an — eine wesentliche Reform der Bildungsinhalte. Es ist schon in unserer Gegenwart vernünftig und ist zugleich prospektiv. Und es ist realisierbar.

Liberale Bildungspolitik ermöglicht Bildung nach Mass

In der Diskussion um eine gesamtschweizerische Neukonzeption der Lehrerbildung ist sich in einem Punkte alles einig: Jeder Lehrer, so stellt man einstimmig fest, bedarf zunächst einer qualifizierten Allgemeinbildung. Damit die Forderung mehr bedeutet als eine leere Phrase oder ein unverbindliches Lippenbekenntnis, müsste man wohl zunächst wissen, was das ist, eine «qualifizierte Allgemeinbildung». Und schon beginnen die Schwierigkeiten.

Zunächst ist schlicht festzustellen, dass Kenntnisse und Überlegungen zur Problematik der Allgemeinbildung offenbar nicht zur Allgemeinbildung gehören. Die Kenntnisse eines jungen Menschen beispielsweise, der die Maturitätsprüfung ablegen will, schliessen in sich Informationen über den osmotischen Druck in der Pflanze, über die Absichten Richelieus, die althochdeutsche Sprachverschiebung, die Regeln des französischen Subjonctifs usw. Diese Kenntnisse schliessen nicht in sich: Reflexion über die Möglichkeiten und Grenzen menschlicher Bildung. Auch andere weite Gebiete, zum Beispiel die Rechtspflege oder die Wirtschaftswissenschaften bleiben dem Mittelschüler ein verschlossenes

Buch, an dessen siebtem Siegel er bestenfalls leicht gekratzt hat. Diese Feststellung ist nicht polemisch gemeint. Sie ist lediglich ein Hinweis auf die Tatsache, dass das gegenwärtig von unserer offiziellen Bildungspolitik praktizierte Bildungs-Messverfahren eine willkürliche und weitgehend durch historische Zufälligkeiten bestimmte Zufallslösung ist.

Der nächste Schritt der Überlegung führt noch tiefer in die Problematik: Wenn man allgemein nicht weiß, was Allgemeinbildung ist, sollte man wenigstens wissen, wen man fragen kann. Auch darauf gibt es keine Antwort. Selbst die Spezialisten für Seelisches, die Psychologen, umschreiben Allgemeinbildung sehr verschieden: Für den Schüler C. G. Jungs zum Beispiel ist das Wesentliche, dass der Mensch im Bildungsgeschehen den Archetypen begegnet, für Anhänger anderer Richtungen steht die Fähigkeit, Ganzheiten zu strukturieren, im Vordergrund. Aber abgesehen von der Unterschiedlichkeit der Antwort taucht sofort die Frage auf, ob es überhaupt richtig sei, zum Thema Allgemeinbildung die Wissenschaft zu befragen. Ist nicht die Wissenschaft vielleicht bereits Partei, welche befangen ist und die Gewichte falsch setzt?

Selbst wenn man wüsste, was Allgemeinbildung ist, wäre die Praxis unserer Maturitätspolitik keineswegs am Ende ihrer Schwierigkeiten. Noch viel schwieriger zu beantworten ist die Frage, wie man Allgemeinbildung misst. Eine befriedigend funktionierende Öchslewaage für den Kulturgehalt eines Menschen ist noch nicht erfunden.

Die Auffassung, was «qualifizierte Allgemeinbildung» sei, ist dem weltanschaulichen Wandel unterworfen. Sie ist zwar — zu Recht —

durch Bildungstraditionen mitbestimmt, aber sie ist auch zeitabhängig. Man hat nun aber den deutlichen Eindruck, dass in den Gruppen, welche sich in unserem Lande mit Bildungs- und Zulassungsfragen befassen, die Stimme der Tradition zu laut und die Stimme der Anpassungs-Bereitschaft zu leise ertönt. Ich habe den Eindruck, es gebe noch allzu viele Leute, die meinen, der Fächerkanon unserer Mittelschulen stehe als ewiges Gesetz in den Sternen geschrieben. Es scheint mir deshalb richtig, wenn auch der auf liberalen Boden stehende Bildungs-Politiker «verunsichernde» Fragen stellt.

Im Gegensatz zu vielen Neuerern bin ich aber der Ansicht, Fragen stellen allein genüge nicht; man müsse auch versuchen, Grundsätze zu formulieren. Ich nenne deren zwei:

Die Allgemeinbildung hat sich der Tatsache anzupassen, dass der mögliche Wissensstoff unendlich geworden ist. Je sorgfältiger die notwendige Auswahl den Bedürfnissen und Begabungen des Einzelnen angepasst werden kann, desto besser ist das System. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass «Bedürfnis» nicht einfach mit «Vorliebe» gleichzusetzen ist. Das Bedürfnis kann sich auch aus den Anforderungen der Hochschule, aus Gründen der Interessen-Weitung oder aus der Notwendigkeit zur Kompensation einseitiger Veranlagung ergeben.

Die Kultur beginnt so wenig beim Faust, wie der Mensch beim Leutnant. Dem Bedürfnis der Gegenwart, den Kulturbegriff auszuweiten und beispielsweise die Bereiche der sozialen Verantwortung, der Volkskultur oder der wirtschaftlichen Zusammenhänge ins Bildungsprogramm einzubeziehen, ist Rechnung zu tragen.

Der Versuch, die Worthülse «Qualifizierte Allgemeinbildung» in aufgeschlossener Haltung und in liberaler Weise mit neuem Inhalt zu füllen, steht nicht im Widerspruch zu den Bemühungen, den Schüler auf Leistung zu verpflichten und dadurch das Niveau der Höheren Schule zu halten. Die Intensität der Bemühungen, die Welt geistig zu durchdringen, verträgt keine Abstriche. Aber der verbündliche Stoff, an dem dies geschieht, ist wandelbar. Noch immer gilt, was Willi Schohaus im Jahre 1928 im Schweizer Spiegel geschrieben hat: «Was man im Unterricht betreibt, ist belanglos gegenüber der Frage, wie man es betreibt. Das einzige Wichtige ist dies, dass man es versteht, die jungen Seelen an irgend einem Stoffe zu starkem und glücklichem Vibrieren zu bringen. Alles Wachstum geschieht durch solche Schwingungen.»

Es ist nötig, aus den Karrengeleisen lieber alter Regelungen und Gewohnheiten herauszukommen. Man darf nicht jeden als Tempelschänder betrachten, der Reformen fordert. Konkret: Man sollte der Schweizerischen Maturitätsanerkennungs-Verordnung einen Experimentier-Paragraphen einfügen, damit neue Wege erprobt werden können, ohne die betroffenen Schüler zu benachteiligen.

Das liberale Prinzip einer künftigen schweizerischen Bildungspolitik ist meiner Ansicht nach eine Art Baukasten-Prinzip. Es verlangt zunächst eine bestimmte Ordnung, eine gewisse Normung. Die Einzelstücke müssen gleich lang sein, das heisst, man muss sich auf die Grobeinteilung der künftigen Grundstruktur einigen. Die Gelenkstücke und die Verbindungsstücke müssen sorgfältig geplant sein, das heisst, man muss sich über die Durchlässigkeiten und Anschlussmöglichkeiten einigen. Innerhalb

Etwas, das mir besonders wichtig ist

Persönlichkeiten antworten dem Schweizer Spiegel

dieser Ordnung aber soll der Einzelne die Elemente frei zusammenfügen können, das heisst, es muss sich dem Einzelnen die Möglichkeit bieten, eine Ausbildung zu wählen, die seinen Interessen und Begabungen entspricht.

Es ist wenige Tage her, seit der Bundesrat die neuen Bildungsartikel bekannt gemacht hat. Das Gespräch um Bildungsfragen wird sich in den nächsten Jahren intensivieren. Ausserdem wird sehr viel Kleinarbeit — Reglemente, Organisationsformen, Lehrpläne, Stoffpläne — zu leisten sein. Wir leisten diese Kleinarbeit lieber und besser, wenn wir den Roten Faden sehen und wenn wir auch das Detail als Ausdruck unserer Weltanschauung erleben können. Eine freiheitliche Ordnung unseres Bildungswesens ist die Konsequenz des demokratischen Gedankens.



Rendez-vous

Von Sita Jucker

22 SSp

Suche nach der Wahrheit

Von Pfarrer
Peter Studler
Densbüren

Wenn ich nur wüsste, was mir besonders am Herzen liegt! Ich kann auf Anhieb jedenfalls kein einzelnes Thema oder Anliegen nennen; denn ich bin ein arg «verzettelter» Mensch. Hin- und hergerissen von Themen und Problemen; in Atem gehalten von den Fragen und Nöten der Menschen da und dort: schwarz, weiss, rot und gelb; interessiert an den Vorgängen im Dorf, in der Schweiz, in der Welt; auf der Jagd nach Informationen aller Art — pro und contra — was liegt mir besonders am Herzen? Das ganze Alphabet müsste man durchgehen, und bei jedem Buchstaben wäre aufzuzählen, was einem auf den Nägeln brennt: Presse, Politik und Predigt; Jugend, Jesus und die Jongleure aller Art, die mit Schlagworten, Halbwahrheiten und Vorurteilen um sich werfen; Abendmahl, Abtreibung und Afrika; Rocker, Romane und Radio; Film und Fernsehen; Militär; Dienst und Verweigerung; Kommunismus und Kapitalismus usw.

Ich möchte über alles im Bild sein; ich möchte Bescheid wissen und die Wahrheit kennen. Das ist eine Sucht, eine Krank-

heit — vielleicht auch eine spezielle Form von Hochmut. Diese Unbescheidenheit, diese Gier nach Informationen, diese leidenschaftliche Anteilnahme an allem kostet viel, zu viel, Zeit und Kraft; vielleicht kommt die Bescheidenheit mit zunehmendem Alter von selber.

Aber nun weist diese «Krankheit» offenbar doch auf etwas hin, das mir besonders am Herzen liegt, auf den Versuch, der Wahrheit auf die Spur zu kommen.

Nehmen wir die bereits erwähnten Rockers als Beispiel: Wenn die Zeitung berichtet, die Rockers hätten in einer Gaststätte randaliert und einen Kellner zusammengeschlagen; wenn mir dann ein Mädchen, welches mit den Rockers befreundet ist, erzählt, der Kellner habe zuerst geschlagen; wenn die Zeitung mitteilt, der Kellner liege mit schlimmen Verletzungen im Spital; wenn jenes Mädchen mich kurze Zeit nach dem Ereignis orientiert, der Kellner serviere bereits wieder; wenn diese verschiedenen Aussagen mir zu Ohren und vor Augen kommen, muss ich doch fragen: Was ist die Wahrheit? Welches Interesse hat das Mädchen? Will die Zeitung eine bestimmte Stimmung bei den Lesern hervorrufen? Und: Was ist mit den Rockers los?

Nehme ich dann noch die «Erfahrungen eines Grossstadtpfarrers» dazu (Wolfgang Weissbach: «Rockers, Stieftkinder unserer Gesellschaft», Stundenbuch 104, Furche-Verlag, Hamburg 1971), so wird die Sache